



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Vorbeugung von Allergien und Unverträglichkeiten am Arbeitsplatz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über die gesundheitlichen Auswirkungen von (Büro-)Pflanzen in den bayerischen Behörden und Ämtern zu berichten. Hierbei soll auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welche Erkenntnisse hat das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zu häufigen Unverträglichkeiten und allergischen Reaktionen von Zimmer- und Büropflanzen?
- Wie klärt das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz Behörden und Ämter in Bayern über mögliche Unverträglichkeiten und allergische Reaktionen von Zimmer- und Büropflanzen auf?
- Welche Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung leistet das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zur Prävention von allergischen Reaktionen am Arbeitsplatz?

Begründung:

Im Laufe ihres Lebens erkranken laut DEGS-1-Studie rund 30 Prozent der Menschen in Deutschland an einer Allergie, was deutlich über dem EU-Durchschnitt von 17 Prozent liegt. Allergien und Unverträglichkeiten können je nach Ausprägung erheblichen Einfluss auf das alltägliche Leben haben. Während im Büroalltag Zimmerpflanzen sich großer Beliebtheit erfreuen und grundsätzlich positive Auswirkungen auf die Gesundheit von Arbeitnehmern haben, wird die Gesundheitsgefahr einiger Pflanzen für manche Angestellten häufig übersehen. Bestimmte Zimmerpflanzen können zu allergischen Reaktionen wie Schnupfen, Husten, juckenden Augen oder Hautausschlag führen. So befinden sich z. B. die Allergene der Birkenfeige in ihrem Pflanzensaft und gelangen über die Blattoberfläche in die Raumluft. Ähnliche Prozesse laufen bei Christdorn, Weihnachtsstern und dem Gummibaum ab. Ähnlich reagieren manche Menschen auf Schnittblumen allergisch, z. B. auf Astern, Margeriten und Sonnenblumen.

Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz soll daher berichten, was bisher für einen adäquaten Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getan wird und welche Möglichkeiten es für die weitere Präventionsarbeit gibt.